

Jugendberg zur Kriegserziehung.

Stettin. (Tel.) Der Vorstand des Deutschen Reichsausschusses, Generalmajor Jugendberg, nahm auf einer öffentlichen Kundgebung in Stettin die Kriegserziehung als zentralen Punkt der Jugendbildung in Deutschland an. Er sprach über die Bedeutung der Kriegserziehung für die deutsche Jugend und die Notwendigkeit, die Jugend auf die Anforderungen des Krieges vorzubereiten. Er forderte die Schaffung von Kriegserziehungsinstituten, die die Jugend in den Grundlagen des Kriegswesens unterrichten und sie auf die Anforderungen des Krieges vorbereiten.

Die Kriegserziehung ist ein wichtiger Bestandteil der Jugendbildung. Sie soll die Jugend in den Grundlagen des Kriegswesens unterrichten und sie auf die Anforderungen des Krieges vorbereiten. Die Kriegserziehung soll die Jugend in den Grundlagen des Kriegswesens unterrichten und sie auf die Anforderungen des Krieges vorbereiten. Die Kriegserziehung soll die Jugend in den Grundlagen des Kriegswesens unterrichten und sie auf die Anforderungen des Krieges vorbereiten.

Die Kriegserziehung ist ein wichtiger Bestandteil der Jugendbildung. Sie soll die Jugend in den Grundlagen des Kriegswesens unterrichten und sie auf die Anforderungen des Krieges vorbereiten. Die Kriegserziehung soll die Jugend in den Grundlagen des Kriegswesens unterrichten und sie auf die Anforderungen des Krieges vorbereiten. Die Kriegserziehung soll die Jugend in den Grundlagen des Kriegswesens unterrichten und sie auf die Anforderungen des Krieges vorbereiten.

Die Kriegserziehung ist ein wichtiger Bestandteil der Jugendbildung. Sie soll die Jugend in den Grundlagen des Kriegswesens unterrichten und sie auf die Anforderungen des Krieges vorbereiten. Die Kriegserziehung soll die Jugend in den Grundlagen des Kriegswesens unterrichten und sie auf die Anforderungen des Krieges vorbereiten. Die Kriegserziehung soll die Jugend in den Grundlagen des Kriegswesens unterrichten und sie auf die Anforderungen des Krieges vorbereiten.

Politische Tagesübersicht.

Kriegsmaßnahmen sind nicht begrenzt. Nach Meldungen aus Moskau hat das politische Büro einen Beschluß gefaßt, nach dem alle nach Sibirien verbannten Mitglieder der Opposition wie Kozlovski, Sokolowski, Nabel und andere freie Kufenshaltsrecht in solchen Sibirien haben sollen, wo es Arbeit gibt. Die Ausweisung Kozlovski ins Ausland ist nicht begrenzt. Sein Aufenthalt im Ausland ist von seinem Benehmen abhängig. Allen Sowjetangehörigen im Ausland ist vorgeschrieben worden, die Beziehungen zu den Krowisten abbrechen.

Die sowjetischen Sozialisten und die Koalitionsfrage. Der erweiterte Vorstand der sozialistischen Partei hat gestern eine Sitzung abgehalten, in deren Verlauf auf die Anfrage eines Bezirksverbandes erklärt wurde, daß kein Sozialist in eine Regierung eintreten könne, wenn diese nicht selbst der sozialistischen Partei angehöre (offenbar handelt es sich um eine Stellungnahme gegen die verschiedenen von Paul Boncour vertretenen Ansichten, daß die Sozialisten sich baldigst an einer Kabinetsbildung beteiligen müßten).

Die Fürstentumskontingente im Thüringer Landtag angenommen. Der Thüringer Landtag nahm am Mittwoch die Schwarzburg-Sondershäuser und Schwarzburg-Rudolstädter Fürstentumskontingente der Regierung mit 20 Stimmen der Rechtsparlamenten gegen 18 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten an. Zwischen dem Lande Thüringen und dem Fürstentum tritt nunmehr ein Schiedsgericht, das über die bestehenden Streitigkeiten, Aufwertung der Renten und Regelung der Eigentumsverhältnisse entscheiden soll, in Kraft. Obmann des Schiedsgerichts ist Staatssekretär Söwiger vom Reichsinnenministerium. Sowohl die thüringische Regierung als auch die Gegenpartei ernennen je zwei Mitglieder.

Der Reichsausschuss für die Siebungswesen und die Familienangelegenheiten hat am Mittwoch über die Größe der Siebungen und über Familienangelegenheiten. Man war sich darüber einig, daß eine genaue Abgrenzung der Größe nicht möglich ist, da wegen der Verschiedenheit der wirtschaftlichen und sonstigen Verhältnisse keine Schematisierung erfolgen könne. Bezüglich der Arbeiterbedingung gingen die Auffassungen im allgemeinen dahin, daß man nicht mehr Arbeiter anstellen dürfe, als in der Umgebung Beschäftigung finden können. Bezüglich der Beschränkung von Arbeitszeiten war man im allgemeinen darüber einig, daß man bei Siebungen von Hofe aus den abgetragenen Stellen Kredit bewilligen, während der Stammbelastung keine staatliche Unterstützung erhalten könne.

Die Stellung der Reichsregierung zu sozialpolitischen Vorschlägen des Reichstags.

Berlin. Im Reichstagsausschuss für Sozialpolitik, der unter Vorsitz des Abgeordneten Eiser (Str.) tagte, hat die Reichsregierung die Vorschläge zu den verschiedenen Vorschlägen über die Erhöhung der Beiträge in der Invalidenversicherung folgende Erklärung abgegeben:

Das Reichsministerium hat am 22. Februar 1920 in eingehender Beratung mit dem sozialpolitischen Ausschuss des Reichstags über die verschiedenen Vorschläge zu den verschiedenen Vorschlägen über die Erhöhung der Beiträge in der Invalidenversicherung. Es ist der Meinung, daß angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung und anderer sozialpolitischer Verhältnisse eine Erhöhung der Beiträge in der Invalidenversicherung nicht möglich ist. Die Reichsregierung ist der Meinung, daß die Invalidenversicherung in der Weise, wie sie jetzt besteht, die beste Lösung der Frage ist. Die Reichsregierung ist der Meinung, daß die Invalidenversicherung in der Weise, wie sie jetzt besteht, die beste Lösung der Frage ist.

Zur Ratifizierung der Älteren Angehörigen.

Berlin. (Funkpr.) Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstags hat heute mit der Ratifizierung der Älteren Angehörigen und nach einem Antrag seines Unterausschusses an, der den über 60 Jahre alten seit einem Jahre erwerbsfähigen Angehörigen des Ruhegeldes der Angehörigenversicherung gewährt. Solange noch Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung besteht, wird kein Ruhegeld gezahlt. Bei gelegentlicher Krankheit soll das Ruhegeld nicht entzogen werden. Die Vorschrift tritt mit dem Schluß des Jahres 1920 außer Kraft, doch werden die darin festgesetzten Ruhegelder weiter gezahlt.

Stimmungsangemessen wurde auch die Vertiefung der Beiträge von 120 auf 100 Prozent, die besonders den Älteren Angehörigen zugute kommt.

In einer Entschließung des Ausschusses wird baldigst ein Bescheidurteil verlangt, der unter Berücksichtigung der noch vorliegenden weitergehenden Vorschläge einen weiteren Ausbau des Ruhegeldes vorschlägt. Die letzten Beschlüsse des Ausschusses sollen ohne Verzögerung durchgeführt werden, da die Mehrheit bei der gütlichen Lage der Angehörigenversicherung aus den vorhandenen Mitteln zu bestehen vermag. Die Novelle soll am 1. März in Kraft treten und deshalb bereits am Freitag vom Reichstag verabschiedet werden.

Landwirtschaftliche Fragen.

Der im Unter Ausschuss des Volkswirtschaftlichen Ausschusses des Reichstags erklärte am Mittwoch der Reichslandwirtschaftsminister Treitel zu einem Antrag auf Unterstützung der zusammengebrochenen landwirtschaftlichen Genossenschaften in der Provinz Grenzmark, daß das Reich mit den Mitteln des 25-Millionen-Fonds der lokalen Zusammenbrüche nicht eingreifen könne. Hier müßten die Genossenschaftszentralen helfen.

Wenn ein Antrag der Demokraten betreffend Ausdehnung des Einfuhrzollsystems auf weitere Erzeugnisse der Landwirtschaft wandte sich ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums, auch aus außenpolitischen Gründen, indem er auf die letzte Debatte im englischen Oberhaus hinwies. Auch die Anträge betreffend Aufhebung der Einfuhrzollbefreiungen für Fleisch wurden zunächst zurückgestellt. Die Reichsregierung wird zunächst Gutachten der Landwirtschaftsminister und des beteiligten Wirtschaftskreises einholen. Eine Entscheidung des Reichskabinetts sei noch nicht getroffen.

Wiener Blätter zur Rede Dr. Stresemanns.

Wien. Die Rede Dr. Stresemanns im Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei wird von den Blättern ausföhrlich wiedergegeben und in Vergleichen mit den parlamentarischen Verhandlungen Oesterreichs besprochen. Die Neue Presse schreibt: Es ist eine große Anknüpfung, die Stresemann gehalten hat. Er sprach nicht als Minister des Reichs, aber seine Worte werden nicht nur in Deutschland, sondern auch weit über dessen Grenzen hinaus interessierte Zustimmung finden. Es erübrigt sich, auf die Einzelheiten noch einmal einzugehen. Die Deutschen im Reich und in Oesterreich haben in der parlamentarischen Praxis erst relativ kurze Erfahrungen. Die Reform des Parlamentarismus in Deutschland braucht aber, um die Kräfte zu überwinden, nur den Vorlaut der Verfassung wahr zu machen. Etwas mehr Staatsgefühl und etwas mehr Verantwortlichkeit, das ist es, was nottut. Volkzeit meint die Rede Stresemanns als reinigendes Gewitter. Das wäre im Interesse des ganzen deutschen Volkes ausbringendste zu wünschen.

Das Neue Wiener Tageblatt erklärt: Die Kritik Stresemanns am Parlamentarismus trifft ins Schwarze, auch wenn man sich die Rede statt in Berlin in Wien gehalten denkt.

Kranznieberlegung am Grabe Friedrich Eberts.

Berlin. (Tel.) Amtlich wird mitgeteilt: Im Auftrag des Reichskanzlers hat der Präsident des Bundeskanzlers Karl-Ludwig Stammer, wie in den Vorjahren, am Grabe des Reichspräsidenten Ebert anlässlich des Wiederkehr seines Todestages namens der Reichsregierung einen Kranz mit schwarz-rot-goldener Schleife niedergelegt.

Der Stettiner Sememord-Prozess.

Stettin. Im Stettiner Sememord-Prozess schilderte der Angeklagte Ostow, früherer Polizeiwachtmeister der Hochabteilung, eingehend seine Kriegserlebnisse. Er entließ sich in überaus wahrhaftiger Weise aus russischer Gefangenschaft und geriet später der Baltikumtruppe an. Auch dort wurde er gefangen genommen und entging nur mit knapper Not der Waffentat eines Todesurteils. Später kam dann der Angeklagte zur Hochabteilung. Der Verteidiger Dr. Bloch nahm Bezug auf eine Meldung in einem Stettiner Blatt, worin behauptet wurde, daß die Organisation Hochabteilung nicht von der Reichswehr, sondern von einer den Kapp-Zülfen vorbereitenden Stelle, wahrscheinlich von Hauptmann Vogt, aus Privatmitteln befohlen worden sei. Der Verteidiger erbat die Verlesung dieser Meldung, ob etwa der anwesende Sachverständige der Reichswehr, General von Hammerstein, diese Meldung veranlaßt habe. General von Hammerstein gab darauf zu, daß er die Meldung des betreffenden Blattes inspiriert habe. Der Vorsitzende erbat den General, derartige Veröffentlichungen künftig zu unterlassen.

Der Verteidiger Prof. Ortman schlug vor, in Verhandlungen über die Anwesenheit einzutreten; die Tat wegen der hier Anlage erhoben werde, sei vor der Kapp-Revolution vom 4. August 1920 begangen worden. — Oberstaatsanwalt Goh erklärte, daß die Staatsanwaltschaft zu folgenden Konklusionen bereit sei: Sie wolle als wahr unterstellen, erstens, daß die Hochabteilung sich subjektiv als Soldaten gefühlt hätten. Zweitens, daß sie geglaubt hätten, ihre Waffen gehörten der Reichswehr, drittens, daß sie glaubten, diese Waffen gegen Feinde zu müssen, gegebenenfalls mit allen Mitteln. Viertens, daß keineswegs habe, einem Befehl von Hochabteilung, den der General von Hammerstein als ungesetzlich bezeichnet habe, folgen zu müssen. In diesem Urteil war die Weisheit der Sache von vornherein als notwendig bezeichnet worden. Im weiteren Verlauf der Verhandlung beantragte die Verteidigung die Abgabe von neuen Heften, insbesondere auch des Minister's Geheims zu einer Aufklärung über das Annehmenabkommen, das dieser in Bielefeld im Jahre 1920 abgeschlossen hat.

Wohle wieder Expeditionsführer?

Rom. (Tel.) Wie verlautet, wird Wohle mit der Führung der nächsten russisch-italienischen Expedition betraut werden, die nach dem Verbleib der verschollenen „Italia-Gruppe“ suchen soll. Ueber den Zeitpunkt des Abganges des neuen Unternehmens ist noch nichts bekannt. Die Expedition soll mit einem Schiff, mehreren Flugzeugen und Booten durchgeführt werden. Ihr Ziel wird zunächst wahrscheinlich das Orang-Island sein. Man erwartet, daß das Unternehmen im Laufe des kommenden Sommers zur Ausföhrung gelangt.

Zusammenkunft der katholischen Jugend.

Berlin. Wie wir hören, findet am 4. und 5. März 1920 im Reichstagsgebäude eine 2. Tagung der Reichsjugendauschüsse der deutschen Zentrumspartei statt. In dieser Tagung werden folgende Fragen behandelt: 1. Sinn und Aufgabe des Reichsjugendauschusses, 2. Freie Jugendarbeit und staatliche Jugendpflege, 3. Vorschläge zum Arbeitsausgleich und Berufsausbildungsreform. — Dieser Reichsjugendauschuss wurde anlässlich des letzten Reichsparteitag der Zentrumspartei in Köln gebildet. Er stellt eine Zusammenfassung der katholischen Jugendverbände zur Durchführung ihrer staatsbürgerlichen und politischen Aufgaben dar.

Bemerkenswert ist, daß diesem parteipolitischen Zusammenkunft eine Vereinigung aller Bünde und Verbände der katholischen Jugend Deutschlands unmittelbar vorausging. Damit ist eine Einheit von 1,4 Millionen jungen katholischer Menschen geschaffen worden. Als Ziel wird angegeben „unter Anerkennung und Leitung der Gesamtverwaltung und Eigenständigkeit der einzelnen Verbände der Gemeinschaftswillen der katholischen Jugend Deutschlands zu führen und zu festigen, das Gemeinschaftsleben katholischer Jugend zu pflegen, die Gemeinschaftswillen katholischer Jugend zu fördern zur Erfüllung ihrer gemeinsamen Aufgaben für Kirche, Volk und Staat in innere Eintracht und äußerer Geschlossenheit“.

Ständemitteltelegramm des Zentrums an den Papst.

Präsident Kaas hat als Vorsitzender der deutschen Zentrumspartei dem Papst zur Lösung der römischen Frage ein Ständemitteltelegramm übersandt, in dem es heißt:

Die deutsche Zentrumspartei begrüßt mit Freude und Genugtuung das durch die großherzige und willensstarke Heiligkeit Eurer Heiligkeit zustandgekommene Werk der Versöhnung und des Friedens. Sie gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die volle und aller Welt wieder sichtbar gewordene Souveränität eine neue und fruchtbare Ära der Gnaden und Frieden spendenden Mission des Papsttums einleitet.

Der Leipziger Studenten-Ausschub trägt sich der Entscheidung des Senats.

Leipzig. Der Rektor der Leipziger Universität hatte gegen den weiteren Verbleib der Leipziger Studentenschaft in der Deutschen Studentenschaft Einspruch erhoben und der Akademischen Senat der Universität hatte diese Maßnahme des Rektors gebilligt. In einer gestern abend abgehaltenen Sitzung beschloß die Allgemeine Studentenschaft der Leipziger Studentenschaft mit der Unzufriedenheit und sagte einstimmig folgenden Beschluß: Die Studentenschaft der Universität Leipzig nimmt von dem Beschluß des Akademischen Senats vom 22. Februar Kenntnis. Von dem sachungsmäßigen Recht, Einspruch beim Ministerium zu erheben, sieht die Studentenschaft ab, weil sie die staatliche Anerkennung zum Fortbestehen der Allgemeinen Studentenschaft für nötig erachtet und weil ihr daran liegt, studentische Fragen innerhalb der Studentenschaft zu belassen.

Kreuzer „Guden“ in Aden.

Berlin. Kreuzer „Guden“ ist in Aden eingelaufen und wird am 1. März nach Bombaja in See gehen.

Flugzeugunglück Lindberghs.

New York. (Tel.) Wie aus Regis gemeldet wird, entgingen Lindbergh und seine Frau, nachdem sie den Vopocatepet überflogen hatten, bei der Landung mit knapper Not einem schweren Unglück. Das Flugzeug hatte unversehrt während des Fluges ein Rad verloren. Bei der Landung überfiel es das Flugzeug, die beiden Insassen blieben unversehrt.

Kommunikationsverbindungen in Budapest.

Budapest. (Funkpr.) Die Budapester Postamt zusammenkommend, Verbindungen mit der Wiener und Berliner Kommunikationszentrale unterhalten und in Ungarn eine kommunistische Bewegung zu organisieren trachteten. Die Recheführer heißen: Ulenbogen, Rija und Gedeb. Die Recheführer verfügen auch über geheime Kabinets- und Aufnahmefunktionen mit kurzen Wellen.

Einturz eines Cafés in Athen. — Etwa 20 Tote.

Athen. Das große Café Panellion in der Unioersitätsstraße, unter dem sich ein Varieté befindet, ist gestern plötzlich eingestürzt. Zahlreiche Personen wurden verschüttet, von denen, wie man befürchtet, etwa 20 getötet wurden.

Erdbeben am Bodensee.

Bodensee. (Funkpr.) Gestern abend 6:21 Uhr wurde von den Instrumenten der Erdbebenwarte der erste Anschlag eines ziemlich starken Erdbebens aufgezeichnet. Etwa 20 Sekunden später erfolgte der Hauptstoß. Die beobachtete Erdbebenstärke betrug rund 150 Kilometer. Eine direkte Meldung aus Friedrichshafen bestätigte, daß am Bodensee Bodenseufer und in Friedrichshafen selbst das Erdbeben verspürt wurde. Nach 1:45 Uhr wurde wieder ein leichtes Beben aufgezeichnet. Wahrscheinlich ging die Bebenwelle von demselben Herd aus.

Große Hochwassergefahr am Needar.

Die Vorsichtsmaßnahmen gegen den Übergang auf dem Needar haben sich bei Gannst nicht als ausreichend erwiesen. Eine eiserne Wehrbauwehr, die abgetragen werden sollte, wurde von den Fluten mitgerissen, wodurch mehrere Arbeiter in schwere Gefahr gerieten. Die Wehr bewegte sich plötzlich und fiel unter donnerndem Krachen in den Fluß. In Tübingen kam's sich auf einer Strecke von 20 Metern das Eis 3 bis 4 Meter hoch. Es wurde, um dem Eis Platz zu schaffen, eine Holzbrücke abgebaut. — Nach einer Meldung aus Duisburg herrschten dort gestern 21 Grad Kälte.

20 Grad Kälte im Riesengebirge.

Sitzberg. (Funkpr.) Im Riesengebirge schneit es seit 3 Tagen mit kurzen Unterbrechungen. Es ist wieder sehr kalt geworden; am Sonntag Morgen wurden auf dem Ramm 20 Grad Kälte und im Tale 13 Grad Kälte gemessen. Die Verkehrsverhältnisse auf den Straßen haben sich weiter verschlechtert. Im Riesengebirge und Strahndammverste sind bisher noch keine wesentlichen Störungen eingetreten.